

388

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,
Wien, I., Neues Rathaus.

408

20. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 6. Dezember 1917. Nr. 280.

Die Fleischhauer für die geplante Grossschlacht. Eine Angelegenheit gleich wichtig für die Approvisionnement der Stadt Wien wie für das Fleischhauergewerbe wurde einer für gestern einberufenen ausserordentlich stark besuchten Versammlung der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft zur Entscheidung vorgelegt. Wie der geschäftsführende Vorsteher-Stellvertreter Schedl in einem ausführlichen und erschöpfenden Referat auseinandersetzte, sollen auf Drängen der Regierung die Fleischhauer die Eigenschlachtung aufgeben und durch Errichtung einer Grossschlachtungs-gesellschaft m.b.H. nur mehr Zentralschlachtungen vornehmen. Sämtliche Behörden seien der Meinung, dass durch dieses System eine wesentliche Verbesserung der Approvisionnement Wiens herbeigeführt werden könnte. Die derzeitige Genossenschaftsvorsteherung habe immer alle Interessen des Gewerbes verfochten und sei immer im richtigen Augenblick dafür eingetreten, dass die Rechte der Fleischhauer keine Einschränkung erfahren. Auch in der hochwichtigen Frage, welche heute zur Beratung vorliegt, habe die Genossenschaftsleitung den besten Willen, die Interessen der Genossenschaftsmitglieder voll und ganz zu vertreten.

Die Regierung beabsichtigt mit der Einführung der Zentralschlachtungen die vollständige Erfassung sämtlicher Fleischmengen, die Verhütung der Doppelversorgung einzelner Personen, die Verhinderung unnötigen Fleischkonsums, die Konservierung und Fleischpfackelung für kommende Zeiten, in denen eine knappe Viehanlieferung zu erwarten ist und eine Kontrolle der Gesteuerungskosten des Fleisches, ferner die Modernisierung des Fleischhauergewerbes und des Schlachtungsbetriebes zur besseren Verwertung sämtlicher Nebenprodukte.

Der Referent präziserte den Standpunkt des Gewerbes zu diesen Forderungen der Regierung und betonte, dass die Fleischhauer in erster Linie darauf bedacht sein müssen, ihre Freiheit in der Ausübung des handwerksmässigen Gewerbes auch in Zukunft zu erhalten, um den Wünschen der konsumierenden Bevölkerung bezüglich Qualität und Quantität jederzeit Rechnung tragen zu können. Sehr wichtig sei auch der Umstand, dass Vieh und Fleisch gleichmässig an die Fleischhauer verteilt und nicht etwa eine Bevorzugung der Grossschlächtereien A.G. und anderer Konsumstellen eintreten werde. Um nun nicht in ein Abhängigkeitsverhältnis zu irgend einer Gesellschaft zu geraten, um weiters die fachtechnischen Kenntnisse bei der Aufbringung von Vieh und Fleisch zur Geltung bringen zu können, und um zu verhüten, dass die ganze Fleischfrage den Agrariern, dem Ackerbauministerium, der Gemeinde Wien und der Viehverwertungsgesellschaft ausgeliefert werde, habe die Vorsteherung Verhandlungen mit der Regierung eingeleitet und sei nun Aufgabe der Versammlung, zu dem Projekte Stellung zu nehmen. Die Fleischhauergenossenschaft stelle die Forderung, dass die Aufbringung des Kapitals von 5 Millionen Kronen wie folgt zu geschehen habe: Allgemeine österreichische Viehverwertungsgesellschaft 2,400.000 Kronen, Gemeinde Wien 100.000 Kronen, die Fleischhauer 2,500.000 Kronen. Ende 1918 oder am Schluss eines der nächsten Bilanzjahre ist die Genossenschaft berechtigt, wenn ein Drittel der Stimmen des Gesamtkapitals dafür ist, die Gesellschaft aufzulösen. Die Regierung hat sich dafür einzusetzen, dass sämtliche Kronländer Lebendvieh nach Wien senden Fleischanlieferungen aufhören. Die Fleischlieferung habe den Nachteil, dass das Fleisch viel teurer bezahlt werden müsse und dass die Verarbeitung

der Nebenprodukte in Wien verhindert werde. Die Genossenschaft verlange ferner, dass von der österreichischen Regierung eine bestimmte Zusage über die Lieferung von Ungarn verlangt wird, dass die Fleischhauer weiter Vieh auf den ungarischen Märkten und ab Stall beziehen können. Nachdem Herr Schedl noch darauf verwiesen hatte, dass die Genossenschaften eine gefestigte Stellung in der Verwaltung und Geschäftsführung erhalten, stellt er im Sinne der von ihm gemachten Ausführungen die Anträge zur Diskussion, wobei er noch behauptete, dass dies der erste Zeitpunkt sei, den ein Verein mit einem gewissen Vorsteher Stellvertreter Eder bemerkte, es handle sich heute darum, ob die Grossschlachtungen ohne Fleischhauer, oder mit ihnen gemacht werden soll. Er betonte, dass die Frage des Beitrittes der Fleischhauer zu der geplanten Gesellschaft, insbesondere für jene Fleischhauer von Bedeutung sei, welche an der Front stehen, da diesen nach ihrer Rückkehr die Wiederaufrichtung ihrer Existenz ermöglicht sei.

Es entspann sich nun eine lebhaft debatte, welche stellenweise einen recht stürmischen Verlauf nahm, aber durch die umsichtige Leitung des Vorsitzenden Schedl glatt abgewickelt werden konnte. An der Debatte beteiligten sich die Genossenschafts-Mitglieder Kütter, Rezek, Grubitsch, Jedek, Kornmehl, Hans Scheringer, Bezirksrat Rosenmayer, Redl, Lotter, Kückels jun., Lorenz Sinkowitsch, Schlusche, Dalioth und Kantner. Einzelne Redner beantragten die Vertagung oder Ablehnung, aber auch jene, welche sich dafür aussprachen, taten dies nur unter gewissen Vorbehalten, insbesondere, dass die Majorität der Fleischhauer in der zu gründenden Gesellschaft sowohl was das zu zeichnende Kapital anbelangt, als auch hinsichtlich der Verwaltung und Geschäftsführung unbedingtes gesichert werden müsse.

Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, mit der Regierung auf der Grundlage in Verhandlung zu treten, dass die Genossenschaft im Prinzip für den Anschluss an die zu bildende Gesellschaft sich ausspricht, jedoch Sicherungen dafür verlangt, dass ihr die Majorität bei der Gebahrung der Gesellschaft zugesagt wird. Die Vorsteherung wurde beauftragt, ein Komitee aus der Mitte der Genossenschaft einzusetzen welches die vorbereitenden Arbeiten durchzuführen hat. Zum Schlusse gedachte Vorsteher Schedl mit anerkennenden Worten des Abgeordneten Professor Erb, welcher sich im Gewerbeausschuss des Abgeordnetenhauses mit grossem Eifer für die Interessen der Fleischhauer eingesetzt habe und die Versammlung drückte dem Professor Erb den Dank durch Erheben von den Sitzen aus. Nach 5stündiger Dauer wurde die Sitzung geschlossen.

Städtische Strassenbahnen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schneider seine Zustimmung erteilt, dass die Linie 58 in Hinblick über die linke Wenzels- und Winkelmannstrasse anstatt über die 4fache Hofallee geleitet wird. Diese Linie wird die Möglichkeit bieten, die zwei probeweise benützten derzeit auf der Linie 57 verkehrenden stückhohen Triebwagen auf der Linie 58 in Betrieb zu setzen.

Erweiterung des Hernalser Friedhofes. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. von Steiner die Erweiterung des Hernalser Friedhofes durch die Einbeziehung der ehemals Johann Gschwandner'schen Gründe genehmigt. Die Kosten betragen rund 107.000 Kronen. Vorläufig werden nur die Deichgräberarbeiten ausgeführt und die notwendigsten Wege hergestellt werden, die übrigen Arbeiten werden einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

Graf Wilzceks 80. Geburtstag. Heute mittags erschien im Palais Wilzcek die Abordnung des Wiener Gemeinderates, bestehend aus Bgm. Dr. Weiskirchner, den VB. Hierhammer, Hoss und Kain und dem Präsidialvorstand Magistratsrat Formanek, um die Glückwünsche der Gemeinde Wien zum morgigen Geburtstagsfeste zu überbringen. Bgm. Dr. Weiskirchner feierte den Grafen Wilzcek als den hochbetagten Förderer von Kunst und Wissenschaft, der zum Ruhme Oesterreichs und der Reichshauptstadt durch eine Lebensarbeit gewirkt hat, aber auch als den hochedlen Vater der Bedrückten und Bedrängten, der Armen und Notleidenden und wies insbesondere auf die 2 Schöpfungen hin, welche den Namen Wilzcek in der Geschichte der Stadt Wien unsterblich machen nämlich das Rudolfinerhaus und die Rettungsgesellschaft, beides Einrichtungen, die vom Grafen Wilzcek zu einer Zeit in Angriff genommen wurden, die die Bedeutung der Krankenpflege und des Sanitätsdienstes noch gar nicht im vollen Umfange erfasste. Was später von der Stadtverwaltung geschaffen wurde, knüpfte an diese vorbildlichen Institutionen an. Die dankbare Gemeinde Wien wüsche ihren hochverdienten Ehrenbürger noch viele Jahre in geistiger und körperlicher Frische und Mütigkeit zur Freude seiner Familie und der gesamten Wiener Bevölkerung. Graf Wilzcek dankte für die Wünsche der Stadt, durch die er sich hochgeehrt und beglückt fühle. Er sei noch ein Wiener alten Schlages und denke immer an das gemütliche alte Biedere Wien zurück. Seine Verdienste würden überschätzt und wenn er auch zu vielen den Anstoss gegeben habe, so verdanke er doch die Ausföhrung und Reife der Ideen seinen Mitarbeitern, zu denen er auch die Gemeindeverwaltung zähle. Schliesslich empfahl Graf Wilzcek sein Kind, die Rettungsgesellschaft der steten Fürsorge der Gemeinde.